

N i e d e r s c h r i f t N r . 8

**über Sitzung des Unterausschusses
"Jugendarbeit und Kindertagesstätten"
der Stadt Rheine
am 6. Juni 2007**

Anwesend als Vorsitzender:

RM Hemelt

Anwesend als stimmberechtigte Mitglieder:

SB Bietmann
AM Timpe
AM Rogowski

Anwesend von der Verwaltung:

Herr Schöpfer
Herr Lammerding
Herr Neumann – Schriftführer

Anwesend als Gäste:

Herr Hüske – Stadtjugendring
Herr Metje – AG 78 - Kindertagesstätten

Herr Hemelt eröffnet die Sitzung um 17:00 Uhr. Die Tagesordnung wird wie folgt erledigt:

1. Niederschrift über die Sitzung des Unterausschusses „Jugend- arbeit und Kindertagesstätten“ Nr. 7 am 14. November 2006

Gegen Form und Inhalt der o. g. Niederschrift werden weder Änderungs- noch Ergänzungswünsche vorgetragen, sie gilt somit als genehmigt.

2. Bericht der Verwaltung

Herr Schöpfer berichtet aus dem Bereich Kindertagesstätten zu folgenden Themen:

Umwandlungserlass

Auf telefonische Nachfrage erklärte das Landesjugendamt, dass die Bescheide für die Umwandlung für Rheine Anfang der kommenden Woche zugestellt werden. Es könne davon ausgegangen werden, dass die beantragten Umwandlungen für den Marien-Kindergarten an der Osnabrücker Straße und den Bonifatius-Kindergarten am Friedrich-Ebert-Ring genehmigt werden.

Aktuelles zum Kinderbildungsgesetz

Das Kinderbildungsgesetz für NRW ist am 22. Mai 2007 vom Landeskabinett verabschiedet worden. Es soll noch vor der parlamentarischen Sommerpause die 1. Lesung im Ausschuss für Generationen, Familie und Integration stattfinden. Die Verabschiedung ist für Oktober 2008 geplant. Die Stadtjugendämter Emsdetten, Greven, Ibbenbüren und Rheine wollen zusammen mit dem Kreisjugendamt Steinfurt eine Arbeitsgruppe bilden, die sich mit der Umsetzung des KiBiz auseinandersetzt. Eine zeitnahe Beteiligung der politischen Gremien ist selbstverständlich.

Aus mehreren Informationen wird deutlich, dass die örtliche Jugendhilfeplanung in Bezug auf die zukünftige Angebotsausgestaltung wesentlich stärker eingebunden werden wird.

Herr Metje hält es für erforderlich, im Zusammenhang mit der vorgesehenen Abstimmung der Jugendämter im Kreis Steinfurt auch die Trägerlandschaft aktiv zu beteiligen. Herr Schöpfer hält es für wenig wahrscheinlich, dass in allen Kommunen des Kreises Steinfurt Beitragsidentität erreicht werden könnte. Er würde gemeinsame Eckpunkte auf der Ebene der Jugendamtsleiter schon als Erfolg werten.

Herr Neumann berichtet, dass der Bewilligungsbescheid des Landes für die Zuschüsse für die offene Jugendarbeit inzwischen vorliegt. Mit 203.078,00 € steht damit der gleiche Betrag wie im Vorjahr zur Verfügung.

3. Kommunaler Jugendförderplan

Herr Neumann bezeichnet einfühend das vorgelegte Papier als Entwurf der Verwaltung, der nunmehr beginnend in dieser Sitzung in seinen Details beraten werden soll.

Die Verwaltung geht davon aus, dass Änderungen und Ergänzungen einfließen werden. Im Zuge der Diskussion werde es auch notwendig, Aussagen über den Einsatz städtischer Mittel für die verschiedenen Bereiche zu treffen. Punkt 9 „Finanzierung“ sei daher zunächst als Diskussionsgrundlage formuliert, er werde mit konkreten Entscheidungen dann in geänderter Form in den Plan einzufügen sein.

Die im Jugendhilfeausschuss vorgeschlagene andere Aufteilung der Altersgruppen ist bereits berücksichtigt.

Aus der Sicht der Verwaltung bestehen nach erster Prüfung keine Widersprüche zu den Zielen des Entwicklungs- und Handlungskonzeptes.

Vor Beginn der Detailberatung des Planes entsteht eine Diskussion über die vorgesehenen Einsparungen im Budget der Jugendarbeit und die Gestaltung der Verträge.

Auf Anfrage von Herrn Metje, welche Verträge gekündigt wurden und welche nicht, antwortet Herr Schöpfer, dass alle kündbaren Verträge mit Ausnahme der Verträge für die offene Jugendarbeit gekündigt wurden. Die Verträge für die offene Jugendarbeit seien nicht gekündigt worden, da sie gerade erst abgeschlossen wurden. Für die offene Jugendarbeit habe der Jugendhilfeausschuss das Signal gegeben, dass dort wieder zur alten vertraglichen Regelung zurückgekehrt werden solle.

Mit dem Stadtjugendring und dem Jugend- und Familiendienst würde in Kürze eine erste Gesprächsrunde über die Neugestaltung der Verträge stattfinden.

Herr Timpe hält es für schizophren, einerseits über Verträge den freien Trägern Sicherheit zu gewähren, dies andererseits aber gleichzeitig mit weiteren Einsparvorgaben zu verbinden.

Herr Schöpfer entgegnet, er sei sich dieser Problematik bewusst. Er weist jedoch darauf hin, dass hier politische Entscheidungen notwendig werden. Die Verwaltung könne die Empfehlungen der Strategie- und Finanzkommission nicht aus der Welt schaffen. Was davon umgesetzt werde, müssten Jugendhilfeausschuss und Rat entscheiden.

Nach Einschätzung von Herrn Metje machen die Einsparungen in diesem Bereich keinen Sinn, da sie im Gesamthaushalt eher im Promillebereich lägen.

Nach diesem Exkurs werden die Details des vorgelegten Entwurfs diskutiert.

Zunächst besteht Einvernehmen über die vorgelegte Struktur des Planes. Zu den einzelnen Punkten wird wie folgt diskutiert:

Die Aufteilung der Altersgruppen in die Kategorien 6 bis unter 10, 10 bis unter 14 und 14 bis unter 18, die von der Mehrheit gegenüber der Einteilung im Plan vorgezogen wird, ist problemlos möglich. Die Daten liegen dieser Niederschrift als Anlage bei. (Anlage 1) Sie werden in den Plan eingefügt.

Auf Nachfrage zum Zuschnitt der statistischen Bezirke (dargestellt am Beispiel Altenrheine/Schotthock) führt Herr Lammerding aus, dass die statistischen Bezirke 2006 neu strukturiert worden seien. Bei einer kleingliedrigeren Einteilung seien Prognosen nicht mehr seriös möglich. Sinnvoll und notwendig seien kleinteiligere Aufteilungen aber stets bei konkreten Planungen.

Zu den Punkten 2 „Gesetzliche Grundlagen“, 3 „Ziele und Leitlinien“ und 4 „Jugendhilfeplanung“ werden keine weiteren Diskussionen geführt. Der Punkt 5 „Querschnittsaufgaben“ wird in seinem Unterpunkt 5.1 „Migration/Interkulturelle Bildung“ wie folgt beraten:

Herr Hemelt hält es für notwendig, die Frage nach dem Fortbestand des Jugendtreffs „RADUGA“ im Vorfeld zu klären, damit zu diesem Themenkomplex im kommunalen Förderplan Aussagen getroffen werden können. Er halte es für notwendig, nicht nur im Sozialausschuss, sondern auch im Jugendhilfeausschuss über die Problematik zu beraten.

Herr Schöpfer berichtet, dass die Verwaltung zurzeit prüfe, welche Maßnahmen für die weitere Betreuung der jugendlichen Spätaussiedler notwendig seien.

Die Verwaltung wird daher den Vorgang aufarbeiten und eine Vorlage für die nächste Sitzung des Sozialausschusses fertigen. RADUGA sei vor 10 Jahren unter ganz bestimmten Voraussetzungen eingerichtet worden. Es gelte nunmehr zu prüfen, welche Veränderungen sich in der Zwischenzeit ergeben hätten und welche neuen Angebote ggf. notwendig seien.

Zum Unterpunkt 5.2 „Kooperation Jugendarbeit und Schule“ merkt Herr Timpe an, dass er es für notwendig erachte, bei der Kooperation zwischen den beiden Bereichen darauf zu achten, dass die Eigenständigkeit der Jugendarbeit nicht beeinträchtigt werde.

Zum Unterpunkt 5.5 „Partizipation von Kindern und Jugendlichen“ merkt Herr Hüske an, dass auch der Stadtjugendring in diesem Bereich intensiv eingebunden sei. Dies sei in der Vorlage nicht berücksichtigt worden.

Die Beratung wird somit für die Punkte 1 bis 5 zunächst abgeschlossen.

Herr Timpe merkt zum Stichwort „Wirksamkeitsdialog“ an, dass der zurzeit bearbeitete Fragebogen, der mit dem Institut „Inso“ entwickelt wurde, mit dem vor allem statistische Daten abgerufen würden, durch um weitere Elemente, wie zum Beispiel konkrete Zielvereinbarungen ergänzt werden müsse.

Ende der Sitzung: 18:50 Uhr

Hemelt
Vorsitzender

Neumann
Schriftführer